

Liebe Verhandler\*innen von Union und SPD,

FragDenStaat veröffentlichte kürzlich das Verhandlungspapier von CDU, SPD und CSU der Verhandlungs-AG „Bildung, Forschung und Innovation“ vom 23.03.25. Wir sehen dringenden Verbesserungsbedarf und fordern daher die Berücksichtigung unserer Punkte für den finalen Koalitionsvertrag.

Seit vielen Jahren ist das Bildungssystem – und insbesondere Hochschulen – durch massive Unterfinanzierung geprägt. Bröckelnde Decken in Hörsälen, mangelnde Ausstattung, prekäre bis hin zu illegalen Arbeitsbedingungen für studentisch und wissenschaftlich Beschäftigte sowie ein unzureichendes BAföG, welches drastisch gestiegene Lebensmittelpreise und Mieten nicht auffängt, sind nur einige dieser Symptome.

Um diese Probleme langfristig zu beheben, braucht es massive Investitionen und eine Abschaffung der Schuldenbremse. Doch auch das nun verabschiedete Sondervermögen für Infrastruktur stellt eine finanzielle Möglichkeit dar, das Hochschulsystem aufzubessern - das Geld muss dringend auch in Hochschulbildung investiert werden! Nach den ersten schockierenden Ankündigungen aus dem Sondierungspapier (Rückführungsoffensive, Bezahlkarte sowie Sanktionen in der Grundsicherung usw.), sind die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen für den Bildungsbereich ebenfalls nicht hinnehmbar.

Unbedingten Nachholbedarf sehen wir dabei in folgenden Punkten:

## **1. Studienfinanzierung**

Für mehr Bildungsgerechtigkeit im Hochschulbereich ist eine wirksame Studienfinanzierung unerlässlich. Diesen Anspruch erfüllt das BAföG allerdings nicht: Lediglich 12,5 % der Studierenden erhalten BAföG, ein Zustand, der nicht tragbar ist. Einer der Hauptgründe für Studierende, keinen BAföG-Antrag zu stellen, ist die Angst vor Verschuldung. In diesem Koalitionsvertrag ist keine Verringerung des Darlehensanteils enthalten. Wir fordern die Auszahlung des BAföG komplett als Vollzuschuss.

Die im Verhandlungspapier vorgesehene Anhebung auf Höhe der Grundsicherung in zwei Schritten kommt zu spät und trägt weiterhin den Kosten des Ausbildungsbedarfs sowie der Semestergebühren keine Rechnung. Die Anhebung muss unmittelbar zum Wintersemester 25/26 erfolgen. Die geplante Erhöhung der Wohnkostenpauschale ist zu niedrig und nicht bedarfsgerecht. Es braucht eine Kopplung an die regionalen Mietindizes – eine Forderung, die vor der Bundestagswahl sowohl aus Unions-, als auch SPD-Kreisen zu vernehmen war.

Die bisherige Verlängerung des BAföG-Bezugs um ein „Flexisemester“ in der alten Regierung spiegelt nicht die tatsächliche Studiensituation wider. Die durchschnittliche Studiendauer liegt zwei Semester über der Regelstudienzeit. Im Koalitionsvertrag muss dieses Thema deshalb unbedingt aufgegriffen werden mit einer Erhöhung der Flexibilitätssemester auf mindestens zwei Semester pro Studienabschnitt.

## **2. Wohnen**

Studierende zahlen heute im Schnitt fast 500 Euro Miete – für viele bedeutet das: Arbeiten bis zur Erschöpfung oder in Armut studieren. Anstatt diesen Zustand anzugehen, bleibt der Koalitionsvertrag jedoch noch immer hinter dem zurück, was beim Thema Wohnen notwendig gewesen wäre. Zwar sind die Einführung einer WG-Garantie, die sich explizit an Studierende richtet, sowie die Verdopplung der Investitionen in das Programm „Junges Wohnen“ ein Schritt in die richtige Richtung – aber was danach kommt, bleibt offen. Statt echter Perspektiven liefern SPD und Union nur Gegenwartsbewältigung.

Die Verhandler\*innen hätten ein starkes Signal setzen müssen – mit einem umfassenden Ausbau von Wohnheimen und massiven Investitionen in den sozialen Wohnungsbau. Wir brauchen einen Wandel: Weg von der Subjekt- hin zur Objektförderung. Von temporären Programmen hin zu dauerhaft günstigen Mieten. Vom Wegducken vor Verantwortung hin zu einem aktiven staatlichen Eingreifen in den Wohnungsmarkt – mit höheren Zuschüssen an die Länder, klaren Zielvorgaben und dem politischen Willen, Wohnraum nicht länger der Profitlogik zu überlassen. Dazu muss ein Mietendeckel eingeführt werden und endlich wirksame Instrumente gegen die Umgehung von Mieter\*innenrechten geschaffen werden.

Ohne eine grundlegende Neuausrichtung der Wohnraumpolitik bleibt studentisches Wohnen ein Risiko, das sich viele nicht leisten können.

## **3. Hochschulfinanzierung**

Die dringend benötigte Erhöhung der Finanzierung der Hochschulen durch den Bund hat es nicht in den Koalitionsvertrag geschafft. Dies ist bitter enttäuschend.

Um zukunftsfähige Hochschulen als Forschungs-, Lehr- und Aufenthaltsort für Studierende zu schaffen, ist es eine der dringendsten Aufgaben, den Sanierungsstau zu beenden und genügend finanzielle Mittel bspw. für die Erfüllung von Personalkostensteigerung und Digitalisierung bereitzustellen. Diese Aufgaben können nicht erfüllt werden, wenn das

Sondervermögen für Infrastruktur im Hochschulbereich nur für Rüstungsforschung und Dual-Use-Fälle genutzt werden soll, was entsprechende Forderungen aus dem Papier nahelegen. Derartig limitierte Finanzierung schränkt die Wissenschaftsfreiheit ein und lässt starke Zwänge für die Hochschulen befürchten. Es ist ein fatales Zeichen: Geld für die Hochschulen ist da, aber nur, wenn sie es aktuellen politischen Interessen entsprechend einsetzen. Eine nachhaltige und sachgerechte Hochschulfinanzierung muss immer einen Fokus auf frei einsetzbare Grundfinanzierung legen.

Hier hätte es volle Unterstützung vom Bund gebraucht, durch die vollständige Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern. Dieser Koalitionsvertrag manifestiert den weiteren Zerfall an unseren Hochschulen. Wir werden als gesamte Gesellschaft die Quittung dafür erhalten, wenn es den Hochschulen an Geld fehlt und sie in den nächsten Jahren weiter kaputtgespart werden.

Sei es dadurch, dass Lehre und Forschung für die Hochschulen deutlich schwieriger finanzierbar werden, dass Studienplätze eingespart werden müssen oder dadurch, dass die Ausbildung von Nachwuchswissenschaftler\*innen und dringend benötigten Fachkräften in der Breite unmöglich wird.

Es fehlt an einem klaren Bekenntnis zu einem deutlichen Zuwachs der Dauerstellen für Lehrpersonal, einer grundlegenden Reform der Kapazitätsverordnungen der Länder sowie einer Masterplatzgarantie für alle Studierenden.

Es ist für uns unverständlich, dass Hochschulen wie gewinnmaximierende Fabriken behandelt werden und nicht als offene Bildungsstätten, die sie sein sollten. Aus sozialer Perspektive ist dies katastrophal!

#### **4. Semesterticket**

Die letzte Regierung hat das vergünstigte Deutschlandticket für Studierende möglich gemacht. Dieses bundesweite Semesterticket ist wichtig für Studierende und erhält positive Resonanz.

Die Finanzierung ist bis 2027 gesichert. Doch eine sichere und langfristige Perspektive für flächendeckende Mobilität bleibt aus. Damit das bundesweite Semesterticket aber auch fortgeführt werden kann, muss es zu einem günstigen Preis und entkoppelt vom Deutschlandticket verfügbar sein. Wir fordern daher klar ein, die Finanzierung über 2027 hinaus nicht nur zu sichern, sondern den Preis möglichst gering zu halten - der Preis muss dringend wieder unter 29,40 Euro sinken. Das 9 €-Ticket hat uns vor Augen geführt, wie

günstige und sozial gerechte Mobilität für alle aussehen kann. Das bundesweite Semesterticket jetzt wieder zu begraben, bevor es richtig in Fahrt gekommen ist, wäre ein fatales Zeichen – für Studierende und auch für den Kampf für Klimagerechtigkeit.

## **5. Wissenschaftszeitvertragsgesetz**

Den herrschenden prekären Arbeitsbedingungen an Hochschulen und in der Wissenschaft wird im Koalitionsvertrag keine Aufmerksamkeit geschenkt und Wissenschaftler\*innen werden einmal mehr hängen gelassen.

So findet zwar eine Reform des WissZeitVG im Koalitionsvertrag Erwähnung, aber wie konkret die Situation von Wissenschaftler\*innen verbessert werden soll, lässt sich nicht finden. Ohne konkrete Forderungen wird es wieder so enden wie in der letzten Legislatur. Mit viel Diskussion und ohne bessere Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft.

Damit die prekären Arbeitsbedingungen angegangen werden können, müssen die Parteien festhalten, dass es in unserem Wissenschaftssystem eine Befristungshöchstquote braucht. Damit würde für mehr Sicherheit und Planbarkeit gesorgt. Die Tarifsperre muss aus dem WissZeitVG gestrichen werden, damit faire Arbeitsbedingungen weiter in Verhandlungen erkämpft werden können. Genauso sollte auch die Postdoc-Phase nicht mehr über das WissZeitVG geregelt werden, denn diese sind final qualifizierte Wissenschaftler\*innen.

Neben der mangelnden Erwähnung der Arbeitsbedingungen von Wissenschaftler\*innen finden auch die prekären Beschäftigungsverhältnisse von Studierenden keine Erwähnung. Dabei sind es die vielen studentischen Hilfskräfte, die den Hochschulbetrieb überhaupt am Laufen halten.

## **6. Wehrpflicht**

Wir sprechen uns entschieden gegen eine Wiedereinsetzung der Wehrpflicht in jeglicher Form aus. Beide Vorschläge sind ohnehin sachlich unangemessen, um eine einsatzfähige Bundeswehr zu garantieren; in erster Linie schränken sie aber die Freiheit junger Menschen ein und militarisieren die Gesellschaft. Eine Wiedereinsetzung der Wehrpflicht würde Studieninteressierte und junge Studierende stark einschränken und ihr Studium verhindern oder behindern. Im schlimmsten Fall müsste ein bereits aufgenommenes Studium abgebrochen werden. Die Wehrerfassung würde massiven Druck auf junge Menschen in Bildung ausüben, den wir ebenfalls ablehnen: Es ist falsch, die militärische Sicherheit nur durch die Beteiligung junger Menschen herstellen zu wollen.

Der Koalitionsvertrag behandelt Studierende wie eine unglückliche Nebenerscheinung. Studierende finden kaum Erwähnung und können in den kommenden vier Jahren nicht auf die so dringend notwendigen Verbesserungen ihrer Studienbedingungen hoffen.

